



Inhalt

1	Jede Veränderung...
2/3	Das meint der Leser
4/5/6	Umweltthemen
7	Erfolgreich für mehr Lohn
8/9	Energiepreise
10	Rückblick
11	Montagsdemo
12	Nur wer sich wehrt, lebt ehrenwert!

August 2008

Ausgabe 3/2008

Zeitung des überparteilichen Personenwahlbündnisses **AUF Witten**

Jede Veränderung beginnt mit einem ersten Schritt

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von *AUF Witten*

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Jahr 2009 häufen sich Wahlen auf allen politischen Ebenen: von der untersten Kommune bis hin zu Europa. Die etablierten Politiker versuchen mit Versprechungen wieder den Boden gut zu machen, den sie mit ihrer Umverteilungspolitik zu Lasten der Allgemeinheit und zum Vorteil von Großkonzernen und Banken verloren haben. Dabei wird es, wie die Schließung von Nokia in Bochum und die Ankündigung tausender Entlassungen zum Beispiel bei Siemens zeigen, nicht mal mehr für Wahlgeschenke reichen. Solche "Geschenke" wurden nach der Wahl sowieso vom Wähler bezahlt.

Wir brauchen aber keine Politik, die ungerührt von ihrem offensichtlichen Versagen, die Verhältnisse weiterhin rechtfertigt und die Ursachen vertuscht und vernebelt. Die sich Lorbeerkränze umhängt mit falschen Behauptungen wie der, die Stadtwerke hätten für die Stadt Witten 15 Millionen Euro erwirtschaftet.



Probleme lösen - nicht vertuschen !

Jede Veränderung beginnt mit einem ersten Schritt. In welche Richtung der Schritt geht, entscheidet aber darüber, ob das Vorhaben Erfolg haben kann oder nicht.

Klar ist: mit der bisherigen Politik und dem bisherigen Verständnis, Politik zu machen, kommen wir nicht weiter.

Denn diese Politik hat die Stadt Witten in einen Dukatenesel für die Banken verandelt: Die einmal früher aufgenommenen Kredite wurden bis jetzt ungefähr **Sechs Mal** zurückgezahlt, wobei der Schuldenberg immer weiter wächst – auf mittlerweile über 300 Millionen €! Es müssen immer neue Kredite aufgenommen werden, um wenigstens die Zinsen bezahlen zu können.

Doch die Damen und Herren im Rathaus wollen nicht wirklich was ändern. Sonst würden sie nicht solche Märchen erzählen, dass die Personalkosten schuld seien. Diesen ehrenwerten Politikern möchte ich nur eines sagen:

"So viele Reinigungsfrauen, Erzieherinnen, Feuerwehrleute und andere

Stadtangestellte gibt es in Witten gar nicht, dass ihr mit deren Entlassung 300 Millionen € vom Tisch kriegt. Im Gegenteil, mit jeder Entlassung vernichtet ihr Arbeitsplätze für die Jugend und schafft mehr Elend, das ihr mit Zuschüssen zu Hartz-IV am Ende wieder bezahlen müsst!"

AUF Witten zeigt Alternativen

Wie gesagt, es ist oft nur ein erster Schritt, der einen Umschwung bewirken kann, aber er muss in die richtige Richtung gehen!

Richtig heißt, nicht an den Symptomen rundoktern, sondern die Ursachen bekämpfen:

1. Umverteilung stoppen

Die Stadt muss ihren **finanziellen Handlungsspielraum zurückerhalten**. Dazu braucht sie neben einer **Neuordnung der kommunalen Finanzen** durch Bund und Länder ein **Aussetzen der Zinszahlungen**, bis die wichtigsten Investitionen getätigt sind, das sogenannte **Zinsmoratorium**.

Momentan würde das 14 Millionen € pro Jahr für Witten freimachen.

2. Umweltschutz lohnt sich

Statt sich mit Millionen an einem Kohlekraftwerk des RWE Energiekonzerns zu beteiligen, wie es fraktionsübergreifend beschlossen wurde, sind wir für **dezentrale Energieerzeugung**. Auf Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung könnte dazu mit einer **IMK-Anlage** der Einstieg gelingen. (siehe Seite 5)

Außerdem fordert *AUF Witten* den Bau von **Kryo-Recycling-Anlagen**, mit denen tiefgekühlter Elektronikschrott, Gummi und Kunststoffe **sortenrein** zurückgewonnen werden können. Das schafft nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern ist ein Beitrag gegen die Luftverpestung durch die Müllverbrennungsanlagen, die aus Profitgründen den Müll sogar aus Italien ankarren. Damit schliesse sich der Kreis zu einer Kreislaufwirtschaft total.

Es gibt noch viele weitere Initiativen, über die wir auch im Internet informieren – in jedem Fall geht es um die Richtung. Wofür entscheiden Sie sich? Machen Sie den ersten Schritt!

Das meint der Leser

Gedanken einer Verkäuferin...

Vor einiger Zeit las ich in einer Tageszeitung, dass der Rat der Stadt Witten beschlossen hat, dem Einzelhandel zu erlauben, häufiger als bisher die Geschäfte sonntags zu öffnen.

Im Einzelhandel variieren die Arbeitszeiten schon jetzt so sehr, dass man sich als VerkäuferIn mit seiner Familie nicht mehr viel vornehmen kann.

Der Sonntag war bisher, bis auf wenige Ausnahmen noch arbeitsfrei für uns. Dadurch, dass jetzt an mehr Sonntagen geöffnet werden darf, fallen noch mehr gemeinsame Familienaktivitäten weg.

Ich habe die Befürchtung, dass wir in naher Zukunft den Sonntag als fast "normalen" Arbeitstag für alle Arbeitnehmer wieder haben werden. Es kann doch nicht sein, das man sonntags nur noch "Shoppen" gehen will. Weil jeder dann an einem anderen Tag frei hat, kann ein Familienleben kaum noch stattfinden. Dabei sollte man auch bedenken, dass man immer weniger verdientes Geld nur einmal ausgeben kann – entweder werktags oder sonntags!

Ich möchte noch mal daran erinnern: Früher hieß es "Samstags gehört Papi uns!" **Wo ist samstags und sonntags die Mama?**

Name der Redaktion bekannt

Die dumme Kuh...

In der WAZ vom 21.7. titelt Laura Lucas zum Sommer-Schlussverkauf:

"Gähnende Leere trotz purzelnder Preise" Den E-Mail-Kommentar eines Lesers möchte ich den Lesern des "AUFbruch" nicht vorenthalten. Er schreibt:

"Da haben wir der Kuh das Fressen fast abgewöhnt und wie dankt es das dumme Vieh – es gibt keine Milch mehr."

Da sage einer noch, Hartz-IV beträfe nur die Arbeitslosen. Das wäre doch sehr kurzsichtig.

Romeo Frey, Witten

Ersatzarbeitsplätze im Bergbau

Wie sehen denn im Moment die Ersatzarbeitsplätze aus? Einigen Kumpeln wurde angeboten, Kopfschlächter zu werden. Die Geschäftsführung meint wohl, wer hart genug für den Bergbau ist, kann auch den Kopf von toten Tieren abhacken. Andere Kollegen wurden in kleinere Firmen abgeschoben, wo sie dann nach einigen Monaten entlassen wurden. Diese Firmen haben sich dann als Transfergesellschaften dafür missbrauchen lassen.



Es gäbe genug Ersatzarbeitsplätze für die Kumpel, wenn der unterirdische Schienenverkehr ausgebaut werden würde, aber die Regierung, und mit ihr auch Länder und Kommunen, haben ja angeblich kein Geld für solche Projekte. Sie stecken lieber Milliarden von Euro in wackelige Banken oder als Subventionen in internationale Firmen als in fortschrittliche Projekte zu investieren.

Um diese Arbeitsplätze als Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, muss sich jeder, der mit dieser Politik nicht einverstanden ist, organisieren und gegen diese Machenschaften vorgehen! Es ist doch nicht nur wichtig, dass man eine Arbeit hat, sondern dass man sich auch seine Würde bewahrt.

Das ist heute umso wichtiger, als die Hartz-IV Gesetze einen zu jeder Arbeit verpflichten. Auch wenn viele Kumpel es nicht wahrhaben wollen, aber ihr Kampf gegen die Regierung 1997 hatte Erfolg. Deshalb ist es auch jetzt wichtig, sich nicht von Massenmedien und Politikern beeinflussen zu lassen und für genügend Ersatzarbeitsplätze mit unbefristeten Arbeitsverträgen zu kämpfen.

Dieser Kampf ist nicht nur heute, sondern auch für die Zukunft sehr wichtig. Wo sollen denn unsere Kinder arbeiten,



wenn alle Firmen schließen und ins Ausland gehen, um dann noch vom Staat Subventionen zu kassieren? Wo bleiben die kleinen Kioskbesitzer und die anderen Kaufleute, die von den Kumpeln leben? Sollen wir den Mund und diesem System noch die Stange halten? Bestimmt nicht!

Organisieren wir uns, machen wir selber Politik, damit die hohen Herrschaften feststellen, dass wir auch ohne diese feine Gesellschaft auskommen, aber die nicht ohne uns.

Manfred Laade, Witten

Aus für billige Möbel?

Früher konnte man bei der WALZE als älterer Mensch schon mal gut erhaltene Gebrauchtmöbel erhalten. Sachen, die man sich sonst nicht hätte leisten können.

Seit die WALZE im Kaufhaus *Novum* an der unteren Bahnhofstraße untergebracht ist, hat sich das Angebot langsam aber sicher reduziert. Ältere Schätzchen sucht man vergebens, es gibt nur noch Massenware.

Das heißt aber nicht, dass in Witten niemand mehr aus sozialen Gründen seine zum Teil wertvollen Möbel kostenlos an die WALZE abgeben würde.

Aber die Möbel kommen bei uns nicht mehr an. Es wird jetzt regelmäßig ein LKW aus Polen auf dem Hof gesehen, dem die komplette Ladefläche voll gepackt wird.

Auch habe ich gehört, dass der Inhaber dieses grenzüberschreitenden Geschäftes in Polen schon mehrere Niederlassungen hat. Ich frage mich, ob hier nicht Schmiergeld im Spiel ist, um die Möbel umzuleiten. Auch wenn nicht, die Sachen sollten vorrangig für hiesige Interessenten angeboten werden.

Name der Redaktion bekannt

Das meint der Leser – Fortsetzung von Seite 2

Ein positives Echo aus Brandenburg

400 Kilometer östlich von Witten, im Landkreis Oder-Spree, las ich "Witten im AUFbruch" und staunte:

Eine Kleinzeitung der Extra-Klasse. AUFbruch wird nicht als Sammlung von Schlagworten verkündet, überhaupt nicht, sondern so, wie es sein muss: Jeder Satz eine nüchterne, konkrete Information, jede Information eine politische Aussage, und jede Aussage macht Lust zum Aufbruch.

Auch die örtlichen Informationen sind Aussagen über die überörtliche, bundesdeutsche Wirklichkeit, viele Aussagen erhellen direkt das bundesdeutsche Theater. Alles mit bestechender Logik.

Und alles in hoher Konzentration. Zum Beispiel wird in der dreispaltigen Zeitung mit nur vierzig (!) Zeilen das ganz große Projekt "Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich" definiert, für jeden Bürger verständlich, logisch zwingend mit dem Kernsatz "Eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden würde in Deutschland rechnerisch zu 6,4 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen führen."

Weiteres Beispiel: Unter der Überschrift "Aus Wut wird Widerstand" wird über die Delegiertenversammlung der bundesweiten Montagsdemo berichtet, aber wie! Sprecher aus zehn Städten werden mit ihren Top-Sätzen zitiert, zum Beispiel Darmstadt: "Politiker hetzen die Alten gegen die Jungen auf und die 'Kaputtarbeiter' (durch lange Arbeitszeit) gegen die Hartz-IV-Leute. Das spaltet uns!"

So wird bei "Witten im AUFbruch" nicht nur das Spektrum der Städte, sondern politisches Panorama präsentiert.

Freunde, schaut Euch mal die Seite www.auf-witten.de an. Dann seht Ihr ein beispielhaftes Projekt. Die Kürzel AUF bedeuten: Alternativ Unabhängig Fortschrittlich

**Rainer Thiel, Soziale Bewegung
Land Brandenburg (SBB)**

Undemokratischer Verwaltungsvorgang

Unverständlich für mich als Bürger der Stadt, dass man einer kämpferischen

Frauenbewegung, die sich für die Befreiung, Gleichstellung, Gleichberechtigung und die Rechte der Frauen national sowie international einsetzt, Steine in den Weg legt.



Frauen, die durch ihren uneigennütigen Einsatz bei ihren monatlichen Informationsständen über all die Missstände aufklären, durch den Verkauf von Kaffee und Kuchen sowie durch das Sammeln von Spenden, Not leidende und unterdrückte Frauen weltweit unterstützen, werden bestraft: Durch die Erhebung einer Standgebühr von über 20 Euro pro Standeinsatz!

Mit diesem bürokratischen Verwaltungsakt wird der gesamte uneigennütige Einsatz dieser aktiven Frauen in Frage gestellt.

Meine Meinung dazu ist, die Straßen und öffentlichen Plätze sind von den Menschen erbaut und durch ihre Steuern bezahlt worden, Grund genug, sie auch kostenfrei nutzen zu dürfen, insbesondere wenn der Einsatz einer guten Sache dient.

Fazit: Von Demokratie kann hier keine Rede sein, sondern es ist eine politische Willkür dieser Frauengruppe gegenüber, wobei die Höhe der Gebühr für mich schon an Abzockerei grenzt.

Gregor Duve, Witten

Bürgermeisterin in der Kritik

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, mit Schreiben vom 28.07.2008 teilen Sie mir über Frau Hübscher mit, dass Sie meinen Parkplatz für Schwerbehinderte demontieren wollen, da ich in zumutbarer Nähe zu meiner Wohnung über einen privaten Stellplatz verfüge.

Dieser private Stellplatz befindet sich auf dem Hof meines Wohngebäudes und ist nicht in zumutbarer Nähe zu meiner Wohnung.

Schwere Einkäufe oder Unterrichtsmedien für Lehraufträge kann ich zumutbar nur über die Nutzung des Parkplatzes für Schwerbehinderte vor meinem Haus transportieren.

Insofern empfinde ich Ihr Schreiben als eine verfassungswidrige (also entgegen Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 GG) Benachteiligung Behinderter.



Als ich Sie am 31.07.2008 im Rathaus der Stadt Witten auf dieses Problem ansprach, sicherten Sie mir bis zum 04.08.2008 eine Lösung zu.

Auf diese Lösung, deren Mitteilung Sie mir am 01.08.2008 bei Ihrer Sprechstunde auf dem Wochenmarkt in Witten-Herbede abermals bis zum 04.08.2008 zusagten, warte ich bis heute – und heute ist der 06.08.2008.

Warum haben Sie mich angelogen?

Nachdem ich am 04.08.2008 keine Lösung von Ihnen vorgefunden habe, habe ich am 04.08.2008 – und das als behinderter freier Bürger in einem freien Land – die Gelegenheit genutzt, im Rahmen der Wittener Montagsdemonstration auf dem Berliner Platz am offenen Mikrophon meinen Unmut über Ihre Praxis zu äußern.

**Offener Brief von
Dr. Carsten Rensinghoff**

"Die entfesselte Gewalt des Atoms

hat alles verändert, nur unsere Denkweise nicht, und deshalb treiben wir einer beispiellosen Katastrophe entgegen."

(Zitat von Albert Einstein)

ein Bericht von Herbert Schlüter

In der letzten Ausgabe des inzwischen eingestellten NEWSLETTERS der Wittener Stadtwerke tätigte Herr Siegfried Obst (ehemaliger Geschäftsführer) verschiedene Aussagen zum Thema Kernenergie, die auch in Bezug auf die aktuelle Diskussion über verlängerte Laufzeiten einer Richtigstellung und Ergänzung meinerseits bedürfen. Aufgrund der nach Vorlage des hier erscheinenden Textes beschlossenen Einstellung des obengenannten Printmediums wird dieser Text den Stadtwerkekunden und -mitarbeitern exklusiv in "Witten im AUFbruch" zugänglich gemacht.



Energieexport

Aufgrund des europaweiten Exportes von Energie, den weitreichenden Folgen von atomaren Störfällen und der aktuellen Suche der Stadtwerke nach einer Beteiligung an einem Kraftwerk (hier scheint die Wahl auf ein Kohlekraftwerk gefallen zu sein – ein Kommentar von *AUF Witten* zur Kohlenenergie erscheint in einer der nächsten Ausgaben) erscheint es mir wichtig die aktuelle Diskussion über die Atomenergie auch als Thema der Wittener Kommunalpolitik wahrzunehmen.

Saubere Atomkraft?

So wurde zum Beispiel von Herrn Obst die relativ niedrige Kohlendioxid-Emission von AKWs im Rahmen der Klimadiskussion gelobt. Dabei bezog er sich aber nur auf die reine Stromproduktion im AKW und vergaß dabei wichtige Aspekte, die vor der Stromerzeugung (Prospektion und Schürfung der Uranerze, Transporte, verfahrenstechnische Trennung und Anreicherung, Errichtung der notwendigen atomtechnischen Anlagen, etc.) und nach der Stromerzeugung nach ca. 40 Jahren Laufzeit (Wiederaufbereitung, Konditionierung des Atommülls, Zwischen- und Endlagerung für einige tausend Jahre) erforderlich sind. Nach einer solchen ganzheitlichen Analyse der Energieerzeugung im AKW hat dieses eine deutlich schlechtere Koh-

lendioxid-Emission als mit anderen fossilen Brennstoffen betriebene Kraftwerke.

Des weiteren verweist Herr O. als Vorteil von AKWs auf ihre nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit zur Energieerzeugung, die jedoch nach Mittelwert der aktuellsten Studien nur noch für ca. 60 Jahre zur Verfügung stehen, da danach die bekannten Uranerzvorkommen der Erde erschöpft sein werden.

außerhalb des naturwissenschaftlichen Erfahrungshorizontes und des menschlichen Vorstellungsvermögens. Außerdem gib es noch keine Erfahrungswerte über die chemischen Wechselwirkungen des eingelagerten Atommülls mit seiner Umgebung und über die Eigenschaften der Produkte dieser chemischen Wechselwirkungen, somit gibt es auch keine wirklichen Aussagen zu der Frage, welche Eigenschaften ein wirklich sicheres Endlager haben müsste.



Sichere Endlager?

Auch die geäußerte Verfügbarkeit von erprobten Techniken zur Endlagerung muss von mir stark in Frage gestellt werden, da auch hier noch viele Probleme und Fragen ungelöst bzw. unbeantwortet sind. So stellt sich unter anderem die Frage nach der geologischen Stabilität eines Endlagers über einen Zeitraum von z.B. hunderttausend Jahren; dieser Zeitraum ist weit

Atomstrom günstig?

Außerdem sind von mir auch die genannten ökonomischen Qualitäten (billiger Atomstrom) der Atomenergie sehr in Frage zu stellen, da zum einen die Investitionskosten pro Kilowattstunde Atomstrom sehr hoch sind (550 Euro pro Kilowattstunde Kapazität für Gas- und Dampfkraftwerke bzw. 1.750 Euro für AKWs) und zum anderen eine dem Gefährdungspotential entsprechende Versicherung, die es natürlich nicht gibt, den Preis für die Kilowattstunde Atomstrom auf ca. 1,80 Euro steigen lassen würde.

Keine Gesundheitsgefahren?

Ein weiteres im Bezugstext ungenanntes und ungelöstes Problem der Atomenergie sind die mit ihr einhergehenden seltsamerweise immer noch kontrovers diskutierten gesundheitlichen Folgen von Uranabbau, Atomenergieerzeugung und Atommüllaufbereitung bzw. -lagerung.

⇒ Fortsetzung von Seite 4

Zum Abschluss ein kurzes Zitat aus der Eröffnungsrede der ersten Atomkommission der Vereinten Nationen von 1946: „...Die Wissenschaft hat uns gelehrt, wie das Atom zum Arbeiten gebracht werden kann. Aber die Entscheidung, das Atom für das Gute und nicht das Böse arbeiten zu lassen, liegt in der Sphäre der Grundbegriffe der menschlichen Pflicht. Wir stehen jetzt

mehr vor einem Problem der Ethik als der Physik.“

P.S.: Résumé:

„Eine Thematisierung der Atomenergieproblematik ohne Einbeziehung des Industriell-militärischen Komplexes ergibt ein verzerrtes Bild. Zivile und militärische Nutzung bedingen sich gegenseitig, eine Trennung ist nicht möglich. Die Atomenergie ist prinzipiell nicht beherrschbar. Der Betrieb

atomtechnischer Anlagen führt zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen von Gesundheit und Lebensraum. Tausende von Generationen nach uns werden an den Folgen der Atomtechnik erkranken und sterben. Transport, Zwischen- und Endlagerung von Atommüll sind mit Risiken verbunden, die nach heutigem Kenntnisstand nicht zu bewältigen sind.“ (Prof. Dr. Rolf Bertram)

Weitere Infos zu diesem Thema finden Sie in den **Dokumentationen der 2. und 4. offenen Akademie**. Sie können bestellt werden beim **Verlag Neuer Weg • Alte Bottroper Straße 42 • 45356 Essen • www.neuerweg.de**

Umweltgruppe besichtigt IMK - Anlage

IMK – Anlage, was ist das? Die drei Buchstaben stehen für Integrierte Methanisierung und Kompostierung.

Nachfolgend ein Bericht der Umwelt-AG, was es damit auf sich hat. (die Redaktion)

Am 13.06.2008 besichtigten wir, die Umwelt-AG von *AUF Witten*, die IMK-Anlage in Herten, Heidestr. 80. Verarbeitet werden dort ortsnah und umweltverträglich die gesammelten und sortierten Haushalts- und Gartenabfälle, das heißt der so genannte Bio-Müll von ca. 650.000 Einwohnern des Kreises Recklinghausen.

Nach dem integrierten Methanisierungs- und Kompostierungsverfahren entsteht aus dem verarbeiteten Müll zum einen Kompost zur Düngung, der von Gartenbesitzern abgeholt werden kann und zum anderen Methan, das in

einem Blockheizkraftwerk zu Strom und Wärme umgewandelt wird. Der Strom wird ins Netz eingeleitet, die Wärme wird an einen Gartenbaubetrieb in der Nachbarschaft abgegeben.

Durch das Ausbringen des aus Haushalts- und Gartenmüll entstehenden Kompostes zur Düngung auf Gartenflächen entsteht ein nahezu perfekter CO₂ - Kreislauf.

Die Pilot-Anlage hat Arbeitsplätze für sechs bis acht Mitarbeiter geschaffen, am Wochenende wird sie mit stark reduziertem Personal gefahren.

Die beim Methanisieren und Kompostieren entstehende Geruchsbelästigung wird durch eine Ein- bzw. Ausgangsschleuse innerhalb der Hallen gehalten.

Die Stadtwerke Witten planen Investitionen in ein Kohlekraftwerk bei Lünen mit den bekannten Problemen dieser Technologie. Alternativ wäre aber auch eine IMK-Anlage in Witten möglich.

Damit würde der kostspielige Abtransport zur Müllverwertung in andere Deponien wegfallen, es würden neue Arbeitsplätze geschaffen, aus dem Biomüll könnte Dünger-Kompost und Strom für unsere Stadt und den EN-Kreis produziert werden.

Mit solch einer Entscheidung stünden die Gesundheitsinteressen der Verbraucher und der Umweltschutz im Mittelpunkt. Da fehlt nur noch der politische Wille. An *AUF Witten* jedenfalls soll es nicht liegen!



Ein Blick ins Innere der Anlage, wo das Biogas entsteht

Aus 18.000 Tonnen Bioabfall erzielt die Pilotanlage in Herten rund:

1.800.000 m³ Biogas

3,3 Gigawatt Biostrom

5 Gigawatt Biowärme

5.000 Tonnen hochwertigen Kompost

HP Pelzer Chemie am Pranger

Umweltschutz am Arbeitsplatz muss erkämpft werden!

Bei der Pfingstumweltagung der "Bürgerbewegung für Kryo-Recycling und Kreislaufwirtschaft" am 10. Mai 2008 in Schwerte gab es auch eine Arbeitsgruppe aus Witten. Sie hatte das Thema "Chemische Giftbelastung am Arbeitsplatz". Sie wurde geleitet vom AUF Witten-Mitglied Peter Spyrka. Über ihn als ehemaligen Beschäftigten bei der Firma HP Pelzer Chemie und Vergiftungsopfer am Arbeitsplatz wurde in dieser Zeitung schon öfter berichtet. Bisher haben es die Verantwortlichen in Witten nicht für nötig befunden, den Missständen nachzugehen und sie abzustellen. Um so wichtiger war es für Peter Spyrka, dass er diesmal vor einem bundesweiten Publikum mit internationalen Gästen, unter anderem aus dem Kampf gegen die Müllmafia in Neapel, den Fall vortragen konnte.

Peter Spyrka, 54 Jahre alt und Vater von sechs Kindern, berichtete über seine Zeit als Chemiarbeiter bei der Firma HP Pelzer Chemie von 1985 bis Oktober 2003.

In diesen 18 Jahren ist der bis dahin kerngesunde Mann schwer erkrankt. Seit 13 Jahren ist er langzeitkrank. In der Firma werden unter anderem Schaumstoffe für die Autoindustrie hergestellt und lebensgefährliche Gifte freigesetzt, an denen in Witten schon über 60 Mitarbeiter erkrankt sind. 32 Kollegen, das waren 50 Prozent der in der Halle Beschäftigten, sind in den letzten Jahren verstorben. Dieselben, überwiegend krebserregenden Stoffe wie Benzol, Formaldehyd, Nitrosamine, die in der Produktion bei HP Pelzer Chemie freigesetzt werden, treten auch in der Umluft von Neufahrzeugen auf, wie eine Untersuchung des Instituts für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin in Erlangen ergab.



Peter Spyrka (links) mit Romeo Frey am Infostand

An vielen weiteren Beispielen von anderen Teilnehmern wurde deutlich, dass Vergiftung am Arbeitsplatz weit verbreitet ist.

In Peter Spyrkas Fall ist besonders krass, dass weder Berufsgenossenschaft, noch Rentenkasse noch Job-Agentur/Sozialamt bereit sind, dem Geschädigten zu helfen, obwohl er eine Vielzahl von Nachweisen gesammelt und erbracht hat.

Sogar die Medien wie *Der Spiegel* zeigten entweder von vornherein kein Interesse, oder wie im Fall des *WDR*, wurde dem beauftragten Redakteur, der eine Vielzahl von Enthüllungen auch über die Todesfälle zusammengetragen hatte, kurz vor der Veröffentlichung das Geld gestrichen, sodass die geplante Sendung nicht stattfinden konnte.

Auch eine Petition von Peter Spyrka, der nachweislich an einem toxischen Lungenödem infolge von Blausäurevergiftung erkrankt ist, an den Bundestag blieb ohne Folgen. Die beigefügten Bilder der katastrophalen Zustände am Arbeitsplatz und sogar Labornachweise von Cyanid (Blausäure) aus Teilen der Hallendecke, konnten den Bundestag nicht beeindrucken.

Die Arbeitsgruppe kam zu folgenden Ergebnissen:

Wirksamer Arbeitsschutz muss auf Kosten der Profite und kann nur im Kampf gegen diese menschenverachtende Politik durchgesetzt werden.

Dies ist umso wichtiger, weil zu beobachten ist, dass aufgrund der Internationalisierung der Produktion bereits bestehende Standards wieder aufgelöst und Giftarbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.



Daraus ergibt sich zweierlei:

Ein enger Schulterschluss zwischen Umweltbewegung und Arbeiterbewegung ist nicht nur national, sondern international notwendig und es müssen international gemeinsame Standards auf hohem Niveau erkämpft werden.

Die so genannten maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen für Gifte (MAK-Werte) müssen sowohl vom viel zu hohen Grenzwert als auch von der Methode der Festlegung her angegriffen werden. Wir brauchen eine medizinisch nachweisbare Meßanalytik entgegen der heute oft praktizierten Willkür, die Verursacher aus der Schusslinie nimmt.

Auch die *Gutachter-Mafia* wurde kritisiert, die Betroffene um ihre Versorgungsansprüche bringt.

Überhaupt erweist sich das Gesundheitswesen als inkompetent bezüglich der heutigen Gesundheitsbelastung am Arbeitsplatz.

Genauso wichtig wie der Kampf um kleine Verbesserungen am Arbeitsplatz selber, ist es, dass fortschrittliche Kommunalwahlbündnisse in Zusammenarbeit mit den Belegschaften stärker die Umweltfragen aufgreifen und sich bundesweit vernetzen.

Außerdem ist ein organisierter Erfahrungsaustausch wichtig. Erste Kontakte wurden in der Arbeitsgruppe bereits geknüpft.

Erfolgreich für mehr Lohn gekämpft!

von Nadine Frey – Sprecherin im Vorstand von AUF Witten

Was lange Zeit schon fast ein Tabu-Thema war, wird nun wieder immer häufiger erfolgreich eingesetzt – Tarifstreik. Die Lok-Führer haben im letzten Jahr vorgemacht, wie es geht. Das hat Wellen geschlagen auch bis nach Witten.

Nach nur vier Tagen Streik – dieser aber konsequent – haben die Kollegen bei Mercedes Lueg einen Haustarifvertrag erstritten und dabei alle ihre Forderungen durchgesetzt. Auch der Wittener Betrieb an der Dortmunder Straße war mit dabei.

Wie kam es zu der schnellen Einigung?

Ein großes Plus in der Tarifaufeinandersetzung war die große Geschlossenheit der Mitarbeiter. Mit einem Ergebnis von 96,7 % haben sich bei der Urabstimmung fast alle für den Streik ausgesprochen! Das wurde dann auch an den vier Tagen Streik deutlich.

Besonders wichtig: Neben dem geforderten Haustarifvertrag und den Lohn erhöhungen wurde auch eine Klausel vereinbart, die arbeitsrechtliche Maßnahmen gegen die am Streik beteiligten Kollegen ausschließt.

Auch Lufthansa-Streik zeigte Wirkung

Stellte die Lufthansa zu Beginn des Arbeitskampfes noch die Auswirkungen als harmlos und nicht der Rede wert dar, wurde doch ziemlich schnell deutlich, welche Wirkung der Streik auf den Konzern hatte. Bereits am zweiten Streiktag fielen über 70 Flüge aus, die Lufthansa geht selbst davon aus, dass sich der Flugplan erst zwei Wochen nach Streikende wieder normalisiert.

Am fünften Tag ging der Lufthansa die Puste aus und man einigte sich auf einen Kompromiss. Was durchzusetzen gewesen wäre, wenn die Kollegen noch etwas weiter gemacht hätten – das sei mal dahin gestellt.

Lohnforderungen Modeerscheinung?

Nein, mit Sicherheit nicht. Wer arbeitet, hat in der Regel nur die eigene Arbeitskraft zu verkaufen. Lohn oder Gehalt müssen zum Leben reichen – mehr gibt's nicht!

Deshalb müssen sich die Lohnforderungen auch an den Lebenshaltungskosten orientieren, eben an dem, was nötig ist. Vor allem die Grundnahrungsmittel, Benzin, Gas und Strom – also die Dinge, die das tägliche Leben ausmachen – sind im letzten Jahr wieder enorm teurer geworden.

Unter dem Gesichtspunkt sind Forderungen nach Lohnerhöhungen von zehn bis 15 % nicht übertrieben sondern entsprechen dem realen Bedarf, um den Lebensstandard halten zu können.



22.01.2008 – Demonstration zum Erhalt des Nokia Werkes in Bochum

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

Deshalb macht auch eine Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich Sinn, denn auch hier gilt, dass man von der Arbeit leben können muss.

Mit der Produktivitätssteigerung ist eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich schon mehrfach bezahlt. Heute wird für dieselbe Produktion weniger als die Hälfte der Arbeitszeit gebraucht als Anfang der 1990er Jahre.

Mit der Einführung einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würden in Deutschland rechne-

risch 6,4 Millionen Vollzeit Arbeitsplätze entstehen!

International zusammenhalten

Das ist eine Forderung, die man mit Sicherheit nicht in einer Stadt allein durchsetzen kann. Das muss mindestens bundesweit einheitlich geschehen, besser noch Europa- und weltweit!

Trotzdem könnte die Stadt Witten als einer der größten Arbeitgeber in Witten als Pilotprojekt eine solche Arbeitszeitverkürzung einführen. Davon hätte sie sogar selber etwas, denn jede neu geschaffene Stelle bedeutet eine Familie weniger, die von Hartz-IV und sonstigen Leistungen leben muss, und gleichzeitig einen mehr, der wieder Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt.

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Getreu diesem Motto kann jede Belegschaft, die für ihre Sache kämpft, auf die Unterstützung von AUF Witten bauen!

Ein sehr hoher Anteil der steigenden Gas- und Strompreise in Witten ist hausgemacht

Von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Überschwänglich stolz vermeldete die Geschäftsführerin der Stadtwerke Witten, Marlies Mathenia, im Juni ein *"sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2007"*. Warum werden dann die Preise immer weiter erhöht, anstatt die Verbraucher zu entlasten, wo sowieso alles teurer wird? Das wäre doch mal eine Geschäftspolitik wie sie von einem zu 100 Prozent im Besitz der Stadt befindlichen kommunalen Unternehmen zu erwarten wäre. Angeblich ginge das nicht, weil die Energiemonopole die Preise treiben. Letzteres stimmt mit Sicherheit, und dennoch könnten die Energie- und Wasserpreise in Witten wesentlich niedriger sein. Und zwar wegen immenser hausgemachter Kosten, die bisher auf den Beitragszahler abgewälzt wurden. Mit Euphoriemeldungen über angebliche Gewinne wird genau das vertuscht und damit auch, wer dafür verantwortlich ist. Um die Strom- und Gaspreise senken zu können, muss Licht in dieses bewusst inszenierte Dunkel. Das wollen wir mit diesem Artikel erreichen.



In Witten alles okay?

Diesen Eindruck wollen Stadtwerke und die etablierten Wittener Politiker zwar erwecken, aber es stimmt dennoch nicht. Bei Zerlegung der Bilanzen zerfällt das Zahlenwerk schlichtweg zu einer peinlichen Offenbarung. Im angeblichen Jahresüberschuss (Gewinn) von 14,9 Mio. € ist der Gewinnabführungsbetrag von 14,59 Mio. € der Vermögensgesellschaft Witten mbH enthalten. Diese Gesellschaft, eine 100 %-ige Stadtwerke-Tochter, wurde gegründet zur Zwischenlagerung von über 626.000 RWE-Aktien der Stadtwerke. Diese mussten aufgrund eines fragwürdigen Umtauschanleihe-Geschäfts im Mai 2007 zu dem absolut ungünstigen Kurswert von 46 € gegenüber dem Börsen-Tageskurs von ca. 80 € der

WestLB gewinnbringend übertragen werden.

Misswirtschaft

Wenn man weiß, dass in der Bilanz 2007 der Stadtwerke noch ein Betrag von ca. 1,5 Mio. € aus *"Neutralen Erträgen"* auftaucht, bleibt von dem so tollen Ergebnis nichts übrig! *Neutrale Erträge* (z.B. Steuerrückzahlungen, Zinseinnahmen) entstehen nicht aus der regulären Geschäftstätigkeit.

Mit dem Kerngeschäft Energie- und Wasservertrieb aber wird nahezu kein Gewinn erwirtschaftet. Der Betrag erreicht noch nicht einmal die Summe, die durch eine Sparbuch-Verzinsung eingenommen würde.

Diese negative Entwicklung besteht seit Jahren. *Witten im AUFbruch*

berichtete **mehrfach** über Unternehmens- und Personalführungsprobleme, Misswirtschaft und eine drohende wirtschaftliche Schieflage, die entgegen der Jubelberichte jetzt auch eingetreten ist.

Schein - Kontrolle

Die Geschäftsführung und das Kontrollorgan Aufsichtsrat Stadtwerke müssen sich fragen lassen, warum in vergleichbaren Stadtwerkeunternehmen nachweislich erhebliche Gewinne erzielt werden können und wo und wie sie ihre Verantwortung wahrgenommen haben. An erster Stelle stehen hier die Bürgermeisterin Sonja Leidemann (SPD) als Aufsichtsratsvorsitzende und ihr Vorgänger Klaus Lohmann (SPD).

Doch solche Fragen wie auch nach willkürlichen Sponsorenpraktiken, Überversorgung eines bestimmten Personenkreises und ihre Versorgung mit "sonstigen" Aufwendungen wie luxuriösen Dienstfahrzeugen wurden bisher einfach ignoriert. Einen stadtbekanntem Kritiker, den ehemaligen Prokuristen Heinz P., versuchte man in eine psychiatrische Ecke zu stellen und mit Gerichtsverfahren zu stoppen. Er mag wegen Beleidigung verurteilt worden sein, doch die Tatsachen bleiben bestehen.

So wurde und wird immer noch dem bei den Stadtwerken angestellten Prokuristen Helmut S. der angenehme **Zusatzposten Geschäftsführer Vermögensgesellschaft Witten** zur Überwachung der RWE-Aktien mit einem üppigen Jahreseinkommen einschließlich



Wo ist das Geld geblieben?



Auch ohne Sonderprivilegien wäre die Chefetage der Stadtwerke nicht auf eine solche Schlafstelle angewiesen (gesehen in Mühlheim)

Sozialabgaben von ca. 6.000 € vergütet. Ein Betrag, welcher die **Grundsicherung eines Hartz-IV-Empfängers** (4.212 € jährlich) **um das eineinhalbfache übersteigt.**

Abkassieren

So verlässlich Gehälter und Privilegien eines gewissen Personenkreises der Stadtwerke üppigste Ausmaße erreicht haben, so sicher stehen weitere drastische Strom- und Gaspreiserhöhungen der Stadtwerke an. Der Kunde soll zahlen! Umliegende Energieunternehmen dagegen sind wettbewerbs- und leistungsfähiger aufgestellt und somit in der Preisgestaltung wesentlich günstiger wie z.B. **mark E** aus Hagen beim Stromtarif. Bei Strompreisvergleichen belegt das Unternehmen günstigste Spitzenplätze und erfreut sich eines regen Zulaufes von auswärtigen Neukunden.

Sozialtarif auf Kosten der Privilegien!

Besonders interessant ist die Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden T. Richter nach Einführung eines **„Sozialtarifes“** für bedürftige Stromkunden der Stadtwerke. Da er bei diesen angestellt ist, könnte er persönlich für eine erfolgreiche Umsetzung dieser guten Idee einen nicht unerheblichen Beitrag leisten.

Denn die Einführung wäre ohne wirtschaftliche Einbußen umsetzbar, wenn bestehende Privilegien abgebaut würden. Zum Beispiel durch eine längst

überfällige Kürzung von Luxus-Vergütungen und Leistungen für leitende Angestellte wie z.B. die Nettoerstattung der Arbeitnehmerbeiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung, Streichung der repräsentativen luxuriösen Dienstfahrzeuge mit kostengünstigster umfassender privater Nutzung, Wegfall des ca. über 50 %-igen Preisnachlasses für den privaten Energieverbrauch.

Es ist doch absurd, wenn leitende Angestellte der Stadtwerke wie Helmut S. und Rainer A. trotz Einkommen um 100.000 € noch zusätzlich luxuriöse Dienstfahrzeuge mit kostengünstigster privater Nutzung zur Verfügung gestellt bekommen. Fahrzeuge, die sie für ihre Funktion bei den Stadtwerken nicht benötigen.

Überzogene Gehälter müssten dort auf das übliche Maß zurückgefahren werden, wo im Vergleich zur Ausbildung, Qualifikation und Tätigkeit teilweise bis zum Dreifachen des Üblichen gezahlt wird. Thomas R. als einfacher Sachbearbeiter mit abgebrochenem Jurastudium geht mit einem Jahreseinkommen von ca. 60.000 € nach Hause, wo vergleichbare Angestellte für teilweise erheblich mehr Arbeit mal knapp 25.000 € erhalten.

Überschlagsmäßig ergibt sich bei den Stadtwerken alleine im Bereich des Personalkostenaufwands in der Führungsetage locker ein **jährliches Einsparungspotential** von mehr als **300.000 €**, die man für einen "Sozialtarif" und allgemeine Preissenkungen einsetzen könnte.

Es bleibt zu hoffen, dass die Forderung des Herrn T. Richter nicht zu einer Inszenierung für die Kommunalwahl 2009 verkommt, sondern unverzüglich glaubwürdig umgesetzt wird.

Nicht damit abfinden

Viele Bürger, nicht zuletzt Hartz-IV-Empfänger, müssen sich bei vielen notwendigen Dingen des täglichen Lebens erheblich einschränken bzw. können sich diese nicht mehr leisten. Das trifft vor allem Kinder sehr hart, ihre Chancen auf eine zukunftsöffnende Schul- und Berufsausbildung sinken rapide.

Die hochverschuldete Stadt kürzt Sozial-Leistungen und Kulturangebote, schließt Schulen und Sportanlagen, lässt Schulgebäude und öffentliche Einrichtungen verfallen.

Eine gründliche Überprüfung und Korrektur der Geschäftspolitik der Stadtwerke sowie des Aufsichtsrats, die jede parlamentarische Kontrolle aushebelt, ist dringend nötig. Es muss eine vollständige und für jeden Bürger nachvollziehbare Transparenz her, bezüglich der Preisgestaltung und der Kostenstruktur einschließlich wie mit den Geldern politisch z.B. durch gezieltes Sponsoring umgegangen wird. Das fordert *AUF Witten* schon seit Jahren und die Tatsachen beweisen, dass das immer noch hochaktuell ist!

Denn die Mitglieder des Kontrollorganes Aufsichtsrat Stadtwerke Witten sind bisher offensichtlich nicht gewillt, in diesem Sinne tätig zu werden, aus persönlichen oder aus politischen Gründen.

Sollte eine Fusion der Stadtwerke Witten mit den Stadtwerken Herne in nächster Zeit spruchreif werden, so setzt *AUF Witten* darauf, dass auch in Herne sich bürgerschaftlich orientierte, die Interessen ihrer Bürger nachhaltig geradlinig vertretende Kräfte zu Wort melden, um gemeinsam mit den Wittenern von vorneherein derartige Auswüchse in einem künftigen neuen kommunalen Unternehmen zu verhindern.

Bis dahin bleiben wir Wittener für unsere Stadtwerke selbst verantwortlich. Machen Sie mit bei *AUF Witten*. Stärken Sie Ihre Interessen, in dem sie *AUF Witten* stärken!

Rückblick

Kanalsanierung

In der letzten Ausgabe vom Mai 2008 berichteten wir ausführlich über **das Planungschaos bei Stadtwerken und ESW** (*Entwässerung Stadt Witten*) bei der Sanierung der Abwasserkanäle Albertstraße und Akazienweg. Folge waren völlig unnötige erhebliche Mehrkosten zu Lasten der Wittener Bürger.

Aufgrund dieser Veröffentlichung in unserer Zeitung befasste sich der Werkausschuss der ESW in seiner Sitzung am 17.06.2008 mit den umfangreichen Kritiken.

Dabei wurden von Verantwortlichen der Stadtwerke und der ESW trotz besseren Wissens, also vorsätzlich, **wahrheitswidrige Angaben und Darstellungen gegenüber den Ausschussmitglie-**

dern abgegeben. Die Vorgänge um die Kanalsanierung Albertstraße und Akazienweg sind also noch lange nicht vom Tisch. Jetzt muss das Rechnungs- und Prüfungsamt der Stadt Witten tätig werden.

Immerhin wurde schon mal zugegeben, dass die Abstimmung zwischen Stadtwerken und ESW nicht stimmt – diese Erkenntnis ist allerdings nicht neu.

Als Konsequenz wurde eine **externe Tiefenanalyse** zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Stadtwerken und ESW auf Kosten der Stadtwerke veranlasst. Das kostet wieder Geld, das letztlich auf die Kunden umgelegt werden wird.

Offensichtlich wird hier nicht nach dem Maßstab gehandelt, so zu arbeiten, dass es uns Wittener Bürgerinnen und Bürger

möglichst wenig kostet.

Wieso kann Frau Mathenia mit ihrem stattlichen Jahresalär um 150.000 € in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführerin der Stadtwerke **und** gleichzeitige Werkleiterin ESW so etwas eigentlich nicht intern und ohne zusätzlichen finanziellen Aufwand durchführen? Mit Unterstützung ihrer hochbezahlten Führungsangestellten sollten solch simple Vorgaben, dass **sich Stadtwerke und ESW absprechen und gemeinsam planen**, eigentlich problemlos möglich sein.

Leistungsfähige Stadtwerkeunternehmen verfügen über solche Angestellte.

Sommerfest



Das Sommerfest von AUF Witten am Sonntag, 27. Juli fand bei strahlendem Sonnenschein statt.



Mit rund 70 Personen waren mehr Besucher als letztes Jahr gekommen.



Besonders hervorzuheben ist die Vielzahl derjenigen, die in irgendeiner Art und Weise zum Gelingen beigetragen haben. Da wurden kistenweise Getränke angeschleppt, Kuchen gespendet, Salate mitgebracht, Kaffee gekocht, Grillgut für jeden Geschmack organisiert und die Grillmeister brachten alles in essbare Form.



Nicht zu vergessen die Leute an der Theke, die abends bestimmt ihre Beine gespürt haben.

Wir hatten auch Besuch von der *Sozialen Liste Bochum*, von *AUF Gelsenkirchen* und von Organisationen und Grup-

pen, mit denen wir in Witten eng zusammenarbeiten.

Viele Neugierige sahen erstmals, wer bei *AUF Witten* so mitmacht. Einen kleinen Eindruck vermitteln die Bilder, von denen wir demnächst auch noch mehr in unsere Bildergalerie auf unserer Homepage stellen werden.



AUF bis zum nächsten Fest!

Vier Jahre Montagsdemo

Am 9. August 2004 um 17 Uhr am Berliner Platz war die Geburtsstunde der Wittener Montagsdemonstration. Seitdem wird Montag für Montag demonstriert – und das nicht nur in Witten, sondern in über 100 weiteren Städten in Deutschland. Das sind vier Jahre Widerstand gegen Hartz-IV, mit allen Höhen und Tiefen. Bereits in unserer zweiten Ausgabe von "Witten im AUFbruch" aus dem Jahre 2004 haben wir gesagt: "Manch einer Denkt: 'Bringt nichts...' Doch wir müssen langen Atem bewahren." Zu diesem langen Atem sagen wir:

Herzlichen Glückwunsch zu vier Jahren Montagsdemo!



Vier Jahre Montagsdemo sind auch vier Jahre Geschichte: "Dieser Protest in der Form ist etwas völlig Neues. Jede Woche gibt es die Möglichkeit, seinen Protest auf die Straße zu tragen. Das hat es seit dem zweiten Weltkrieg in Deutschland noch nicht gegeben." Damit brachte Romeo Frey – Sprecher der Montagsdemo Witten – die Bedeutung dieser Protestbewegung auf den Punkt.

Alfred, ein Montagsdemonstrant der ersten Stunde: "Ich bin die Bahnhofstraße entlang gegangen und habe die Montagsdemo gesehen. Ich dachte, das machen die drei, vier Mal und dann sind die ruhig. Ich schloss mich trotzdem an und bin stolz darauf, dabei zu sein!"

Reinhard Mischke zeigte auf, dass es in der Diskussion um die Politik immer

wieder zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine gesellschaftliche Alternative her muss, um die Politik zu Gunsten der breiten Massen zu ändern. Für ihn ist das der Sozialismus. Damit geht es nicht mehr nur um Hartz-IV, sondern um die gesamte Gesellschaftsordnung.



Es wurde aber nicht nur diskutiert, sondern vor allem gefeiert: „Und sie tanzten einen Tango, Gerhard Schröder und Peter Hartz...“

"Der letzte Tango von Berlin" war ein passender Rückblick auf die Geschichte der Hartz-Gesetze. Der Bielefelder Musiker Norbert Ruppik, der in Witten schon mehrmals mit dem Projekt *Kugelmenschen* aufgetreten ist, brachte in seiner Ankündigung zu seinem ersten Lied den Fehler der Politik auf den Punkt: "Der Fehler ist nicht irgendein Gesetz, sondern die falsche Verteilung des Reichtums."



Passend dazu spielte er mehrere selbstgeschriebene Lieder auf seiner Gitarre, die Montagsdemonstranten wie Passanten begeisterten.

"Aufstehen und Losgehen" forderte der Gitarrist mit seiner Musik die Menschen auf, sich einzureihen. Einige blieben bis zum Ende der Montagsdemo.

Einig sind sich weiterhin alle gemeinsam: „Wir geben nicht klein bei, ehe das Hartz-Gesetz vom Tisch ist!“

AUF Witten schließt sich dem an, getreu unserem Motto:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!



A rbeit

Was AGENDA bedeutet

G ibt

E s

Spruch auf einem Transparent der Montagsdemo Eisenhüttenstadt

N icht,

D afür

A rmut



Weitere Infos zur Montagsdemo und AUF Witten unter: www.auf-witten.de

Nur wer sich wehrt, lebt ehrenwert!

Eine Weisheit über die man ernsthaft nachdenken sollte

von Gregor Duve, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die wachsende Willkür mit Fehlentscheidungen im Eigeninteresse von Politik und Wirtschaft gegen die Lebensinteressen der Menschen sollte uns anregen, über diese Weisheit nachzudenken. Schnell hat man den Zeitpunkt verpasst, sich gegen Ungerechtigkeit und Ausgrenzung zur Wehr zu setzen. Die sich entwickelnde Armut der Menschen erhält einen immer größer werdenden Stellenwert in unserer Gesellschaft, Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen seitens der Wirtschaft werden immer dominanter. Das alles hat System und wird auch auf kommunalpolitischer Ebene in einem erheblichen Maße praktiziert. Der Ausspruch des Kämmerers vom "Konzern Stadt Witten" kommt nicht von ungefähr.

Der Weg in die Privatisierung wird immer rascher vorangetrieben. Erkennen kann man das an dem Gesetz zur doppelten Buchführung städtischer Finanzen. Der Charakter vom Dienstleister ändert sich zur Wirtschaftseinheit. Was nichts anderes bedeutet, als dass alle in der Kommune bestehenden Werte in Produkte umgewandelt werden.

Ein privater Investor kann so sehr leicht erkennen, was lukrativ ist, die Nutzungsrechte im Sinne der Gewinnsteigerung erwerben und von den Nutzern (Bürgerinnen und Bürger) bezahlen lassen.

Alles was mit jahrzehntelangen Sozialabgaben an Einrichtungen zur Verbesserung der Lebensqualität geschaffen wurde, wird dann verteuert angeboten und muss nochmals bezahlt werden.

AUF Witten wird sich solchen Praktiken vehement widersetzen und versuchen, im gemeinsamen Kampf eine politische Alternative im Sinne und zum Wohle der Menschen zu verfolgen.

Keinesfalls darf unsere Gesellschaft weiter in arm und reich gespalten werden. Die Menschen müssen von den erworbenen und erarbeiteten Schätzen der Sozialversicherungssysteme und den Gewinnerträgen der Wirtschaft profitieren, sie haben selbige mit erarbeitet.

Unsere Zeitung *Witten im AUFbruch* berichtet ständig über Fehlentscheidungen und Zerwürfnisse innerhalb der Kommunalpolitik. An unseren regelmäßig stattfindenden Info-Ständen versuchen wir im persönlichen Gespräch mit den Menschen aufzuklären.

Dieses geschieht gleichermaßen auf den von uns durchgeführten Bürgerforen.

Auch bei den regelmäßig stattfindenden Montagsdemonstrationen bietet das offene Mikrofon für Jedermann ein Diskussionsforum für Meinungs- und Informationsaustausch.

Wer aus Resignation oder wegen persönlichen, verpflichtenden Bindungen nicht hinschaut, sollte spätestens jetzt *AUF Witten* als eine notwendige und unverzichtbare politische Alternative in unserer Stadt ansehen.

Die Menschen sollten in *AUF Witten* aktiv werden, hier besteht die Möglichkeit im gemeinsamen Konsens eine faire, alternative politische Einflussnahme zu erreichen:

Gemeinsam sind wir stark!



► Die nächsten Termine von *AUF Witten* – kommen Sie doch mit dazu! ◀

Samstag, 13. September 2008: 11 - 13 Uhr
Infostand Innenstadt, Berliner Platz

Samstag, 11. Oktober 2008: 11 - 13 Uhr
Infostand Innenstadt, Berliner Platz

Samstag, 27. September 2008: 11 - 13 Uhr
Infostand Annen, Annenstraße 133 vor
Durchgang zu *Real*

Freitag, 24. Oktober 2008: 19- 21 Uhr
Bürgerforum
Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

18./19. Oktober 2008: 9. Kommunalpolitischer Ratschlag in Mülheim/Ruhr

Beginn: Samstag, 11:00 Uhr • Ende: Sonntag 14:00 Uhr

Infos unter www.auf-witten.de

Wer aktiv mitarbeiten will, kann das tun:

- in der Umwelt-AG
- im Ratsteam
- in der Redaktion von "Witten im AUFbruch"

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de